

WEIZENBAUM REPORT 2026

Politische Partizipation in Deutschland

W Weizenbaum Report 2026

Politische Partizipation in Deutschland

Katharina Heger, M.A. \ Weizenbaum-Institut, Berlin

Christian Strippel, M.A. \ Weizenbaum-Institut, Berlin

Prof. Dr. Martin Emmer \ Weizenbaum-Institut, Berlin \ Freie Universität Berlin

Mitarbeit

Paula Büttner \ **Giuliano Mosca, B.A.** \ Weizenbaum-Institut, Berlin

Kontakt

Prof. Dr. Martin Emmer
martin.emmer@fu-berlin.de

Herausgeber

Weizenbaum-Institut e.V.

Hardenbergstraße 32
10623 Berlin
Tel.: +49 30 700141-001

E-Mail: info@weizenbaum-institut.de

Web: www.weizenbaum-institut.de

Der Weizenbaum Report 2026 „Politische Partizipation in Deutschland“ wurde durch das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) gefördert (Förderkennzeichen 16DII141 – Deutsches Internet-Institut). Die Datenerhebung fand in Kooperation mit der Freien Universität Berlin statt.

Berlin, April 2026

DOI 10.34669/wi.wr/7

ISSN 2748-9302

Lizenz

Diese Veröffentlichung ist unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung 4.0 International“ (CC BY 4.0) lizenziert: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Weiterführende Informationen zur Arbeit des Weizenbaum-Instituts und der Forschungseinheit „Weizenbaum Panel“ finden sich im Internet [hier](#).

Gestaltung

Karen Fischäder und Andreas Langner

Bildnachweise

Titelbild: Unsplash, istockphoto, Deutscher Bundestag/Thomas Köhler/photothek

II Die Untersuchung politischer Partizipation in Deutschland 2025

Das Jahr 2025 war politisch geprägt durch internationale Großkonflikte, etwa die andauernden Kriege in der Ukraine und Gaza, die durch den Antritt von Donald Trump in den USA zu seiner zweiten Präsidentschaft noch einmal an Dynamik zunahmen. Innenpolitisch stand das Jahr im Zeichen der Neuwahlen Anfang des Jahres und der nachfolgenden Regierungsbildung durch CDU/CSU und SPD unter der Führung von Friedrich Merz als Kanzler sowie den anschließenden Debatten um zahlreiche politische Reformvorhaben in den Bereichen Zuwanderung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und Rentensystem.

Viele politische Debatten des Jahres waren verknüpft mit Entwicklungen im Bereich digitaler Medien und Künstlicher Intelligenz (KI). So gab es 2025 im Zuge der ersten radikalen politischen Maßnahmen der Trump-Regierung in den USA intensive Diskussionen um die Abhängigkeit Deutschlands und Europas von den USA und teilweise auch China im Bereich digitaler Technologien.

Die Frage, wie die Menschen in Deutschland digitale Dienste nutzen, sie bewerten und in welcher Form und in welchen Kontexten sie sich über diese Dienste und auch im realen Leben gesellschaftlich und politisch engagieren, steht im Fokus der jährlichen Befragungen des Weizenbaum Panels. Die im Zeitverlauf angelegte Untersuchung hat das Ziel, langfristige Entwicklungen im Bereich digitaler Medienutzung, bürgerschaftlichen Handelns und Erfahrungen mit unterschiedlichen Phänomenen der Digitalisierung zu beobachten, Daten für wissenschaftliche Analysen bereitzustellen und auch als Frühwarnsystem für Entwicklungen zu dienen. Dies soll der Gesellschaft ermöglichen, die bürgerschaftliche Selbstbestimmung in einer zunehmend von digitalen Technologien und KI geprägten Umwelt zu sichern und Lösungen für deren Bedrohung zu entwickeln.

Im Fokus der nunmehr siebten Erhebung seit 2019 standen die politische Medienutzung der Bürger:innen (S. 6–7), ihre Einstellungen gegenüber der Digitalisierung und ihr Medienvertrauen (S. 8–10), ihre Vorstellungen von bürgerschaftlichem Handeln (S. 10–13) und ihr politisches und soziales Engagement, insbesondere ihre Zivildourage im digitalen Raum (S. 14–21). Angesichts der anhaltenden Debatten um physische und verbale Gewalt gegen Politiker:innen nimmt der Report überdies die Folgen dieser Entwicklung für die bürgerschaftliche Partizipation in den Blick (S. 21–23).

Der jährlich erscheinende Weizenbaum Report präsentiert anschaulich ausgewählte Ergebnisse der bevölkerungsrepräsentativen Telefonbefragung. Weiterführende Informationen zum Weizenbaum Panel, zu den methodischen Details der Erhebungen sowie alle früheren Berichte und weiterführende Publikationen gibt es im Internet unter: <https://panel.weizenbaum-institut.de/>.

\\ Zentrale Befunde

1 **Soziale Medien prägen zunehmend die Nachrichtennutzung**

- \ Das Internet ist eine etablierte Quelle für Nachrichten und politische Inhalte. Insbesondere die Bedeutung sozialer Netzwerke wie Instagram oder Facebook sowie von Videoplattformen wie YouTube oder TikTok nimmt weiterhin zu.
- \ Die Vielfalt der regelmäßig genutzten Medien nimmt seit 2021 leicht ab. Zurückzuführen ist das auf den Bedeutungsverlust gedruckter Zeitungen und Zeitschriften und auch auf eine zunehmende Nachrichtenvermeidung.

2 **Positive Tendenz bei Bewertung von KI, Medienvertrauen stabil**

- \ Der Anteil der Menschen, die Künstliche Intelligenz positiv bewerten, nimmt weiter zu: von 27 Prozent in 2023 auf 37 Prozent in 2025. Besonders stark ist diese Tendenz bei Bevölkerungsgruppen, die KI früher skeptischer gegenüberstanden.
- \ Das Vertrauen in etablierte Medien liegt nach einem Rückgang zwischen 2020 und 2023 robust bei 49 Prozent. Das zeigt der Vergleich mit früheren Erhebungen der Langzeitstudie Medienvertrauen.

3 **Klare Erwartungen an Handeln von Bürger:innen im Internet**

- \ Im Laufe der Covid-19-Pandemie haben die hohen Erwartungen der Deutschen, wie sich gute Bürger:innen in einer Demokratie einbringen sollen, nachgelassen. Seither liegen sie auf einem stabilen, allerdings niedrigeren Niveau.
- \ Neben traditionellen Bürgernormen haben sich „diskursive Normen“ für das Internet etabliert. Dazu gehören die Diskurspflege, die sorgfältige Auswahl von Informationen und auch, sich selbst politisch zu äußern.

4 **Bürgerschaftliches Engagement nimmt zu – Digital Divides bleiben bestehen**

- \ Die Bürger:innen in Deutschland engagieren sich mehr als zuvor für ein demokratisches Miteinander: Das Spenden von Geld, ehrenamtliches Engagement, politischer Konsum und auch politische Mobilisierung anderer nehmen zu.
- \ Vernetzte Partizipationsformen sind bei höher Gebildeten und Jüngeren beliebter als bei anderen Bürger:innen. Frauen sind bei öffentlich sichtbaren Partizipationsformen wie dem Kommentieren politischer Inhalte zurückhaltender.

5 **Mehr Bürger:innen sehen sich mit Falschnachrichten konfrontiert**

- \ Immer mehr Menschen stoßen im Internet auf Falschinformationen, es gehen aber auch mehr dagegen vor. Dies spricht für eine zunehmende Sensibilität der Bevölkerung für das Thema in Zeiten generativer KI und Deepfakes.
- \ Hass und Falschinformationen im Netz sind vor allem für Jüngere Alltag: Knapp 90 Prozent der unter 30-Jährigen berichteten 2025 davon. Die Generationen reagieren unterschiedlich darauf: Jüngere setzen eher auf Meldung bei den Plattformen, Ältere auf Intervention.

6 **Hohe Wahrnehmung von Gewalt gegen Politiker:innen und Sorge um Demokratie**

- \ Die Mehrheit der Deutschen schätzt die Demokratie im Land angesichts der Gewalt gegen Politiker:innen als bedroht ein.
- \ Menschen, die 2025 Gewalt gegen Politiker:innen als verbreitet wahrgenommen haben, haben eher demonstriert, Kontakt zu Politiker:innen aufgenommen und Petitionen unterschrieben.

¶ Über diese Studie

Seit 2019 führt das Weizenbaum-Institut in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin jährlich zwischen Oktober und Dezember eine wissenschaftliche Telefonbefragung der Bevölkerung in Deutschland zu den Themen Internetnutzung, demokratische Einstellungen und politische Partizipation durch. Die Untersuchung ist als Panelbefragung angelegt, das heißt, es werden in jedem Jahr möglichst dieselben Personen befragt. Auf diese Weise lassen sich die politischen Einstellungen und Aktivitäten der Menschen in Deutschland besonders gut im Zeitverlauf beobachten und beschreiben.

Im Herbst 2025 fand diese Befragung zum siebten Mal statt. Insgesamt wurden 1.740 Personen¹ telefonisch befragt, von denen etwa 73 Prozent bereits im Vorjahr 2024 teilgenommen hatten. Die neu rekrutierten Befragten wurden nach einem Zufallsverfahren aus der deutschsprachigen Bevölkerung in Deutschland ab 16 Jahren ausgewählt.² In durchschnittlich rund 30-minütigen Telefoninterviews wurden die Teilnehmer:innen danach gefragt, wie sie sich über politische Themen informieren, wie sie zur Demokratie stehen und wie sie sich politisch engagieren.

Zudem lag in diesem Jahr ein besonderer Fokus auf dem Thema Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen in Deutschland, das bereits im Jahr zuvor erstmalig in den Report aufgenommen wurde. Kooperiert wurde dazu mit Anna Hahnemann, Dr. Anne-Kathrin Kreft und Dr. Farina Rühs vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. in Hannover. Von besonderem Interesse war die Frage, wie die allgemeine Wahrnehmung von Gewalt gegen Politiker:innen und der Bedrohung der Demokratie mit der politischen Partizipation in Deutschland in Zusammenhang steht.

Durchgeführt wurde die Befragung wie in den Jahren zuvor im Telefonstudio der Freien Universität Berlin. Der vorliegende Bericht liefert einen Überblick über die zentralen Befunde der Befragung des Jahres 2025 sowie über Veränderungen gegenüber den Vorjahren 2019 bis 2024. Weiterführende Informationen, alle Fragebögen und Feldberichte sowie eine ausführliche Erläuterung der Methodik finden sich hier: <https://panel.weizenbaum-institut.de/ressourcen/>.

1 Alle hier und im Folgenden berichteten Verteilungen sind gewichtet, um Verzerrungen der Stichprobenziehung auszugleichen und für die deutsche Bevölkerung repräsentative Aussagen treffen zu können. Die Daten aller Jahre seit 2019 wurden nach dem höchsten Bildungsabschluss in Abgleich mit dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamts gewichtet. Zusätzlich werden in den Daten der Jahre 2024 und 2025 die Anteile der zum Ausgleich der Panelmortalität durchgeführten Nachziehungsstichproben gewichtet (auf ein Verhältnis von Panel- zu Nachziehungsstichprobe von 55 zu 45). Da diese Gewichtung in diesem Jahr auch für die Welle von 2024 neu eingeführt wurde, können sich geringe Abweichungen zu den im Weizenbaum Report 2025 berichteten Zahlen ergeben.

2 Bei Stichprobenerhebungen sind Schlussfolgerungen auf die Gesamtbevölkerung mit einer gewissen Unschärfe belastet, die auf Zufallseffekte bei der Stichprobenziehung zurückgehen. Dieser Unschärfbereich beträgt für die vorliegende Stichprobengröße im Durchschnitt ca. +/- 3-Prozentpunkte. Lesebeispiel: Bei einem in der Stichprobe ermittelten Wert von 85 Prozent liegt der tatsächliche Wert in der Gesamtbevölkerung (mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 %) zwischen 82 und 88 Prozent.

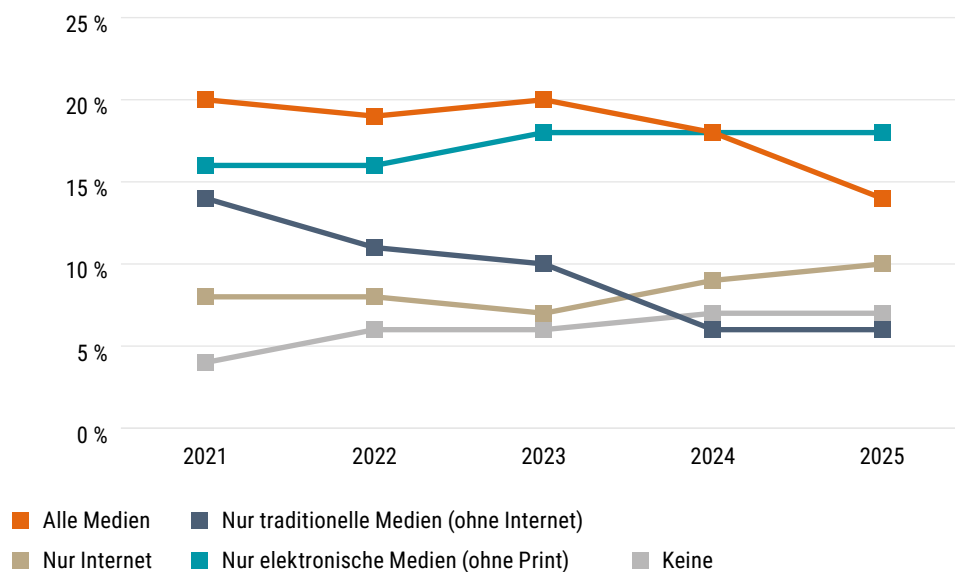
\\ Videobasierte Medien für politische Information immer wichtiger

Das Internet ist mittlerweile eine etablierte Informationsquelle für Nachrichten und politische Inhalte: Zwei Drittel der Bevölkerung informieren sich regelmäßig online, also täglich oder mehrmals in der Woche. In den individuellen Medienrepertoires nimmt die Bedeutung sozialer Medien weiterhin zu: Soziale Netzwerke wie Instagram oder Facebook werden 2025 von 36 Prozent (2021: 31 %) der Menschen regelmäßig genutzt, Videoplattformen wie YouTube oder TikTok sogar von 47 Prozent (2021: 41 %).

Betrachtet man nicht nur die Nutzung der einzelnen Medien, sondern die gesamten Medienrepertoires, die Menschen nutzen, zeigt sich, dass die Vielfalt der genutzten Medien leicht zurückgeht: Während 2021 die Menschen in Deutschland im Durchschnitt 2,5 der vier abgefragten Medienformen – Print, Fernsehen, Radio und Internet – zur Information genutzt haben, waren es 2025 nur noch 2,3.

Diese Medienrepertoires, aus denen Menschen ihre Informationen beziehen, sind dabei trotzdem recht unterschiedlich: 14 Prozent informierten sich im Jahr 2025 regelmäßig aus allen verfügbaren Mediengattungen, wobei dieses Muster ebenso rückläufig ist wie die Nutzung ausschließlich traditioneller Medien. Hier zeigt sich der starke Bedeutungsverlust gedruckter Medien. Heute prägen vor allem elektronische Medien und Internetquellen die Medienrepertoires der Menschen in Deutschland. Zehn Prozent nutzen inzwischen ausschließlich Online-Quellen zur politischen Information.

\\ Repertoires regelmäßig genutzter Medien zur politischen Information im Zeitverlauf (2021–2025)

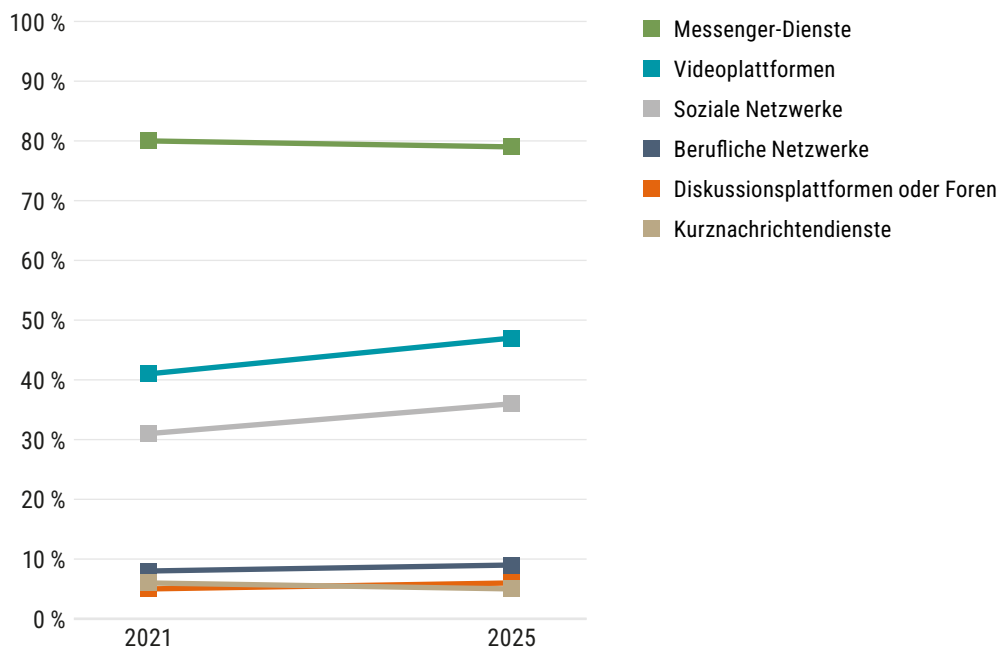


Basis: Täglich oder mehrmals in der Woche zur politischen Information genutzte Medien, Skala: „täglich“, „mehrmals in der Woche“, „mehrmals im Monat“, „seltener“, „nie“; gerundete Prozentangaben, n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024), n=1.740 (2025)

Zugleich nimmt auch das Phänomen der Nachrichtenvermeidung zu: Der Anteil derjenigen, die sich gar nicht mehr aktuell informieren, hat sich von vier Prozent in 2021 auf sieben Prozent in 2025 fast verdoppelt.

Hinter diesen sich verändernden Repertoires verbergen sich tiefergehende Wandlungsprozesse, die auch demokratierelevant sind: So nimmt die Bedeutung von textbasierten Inhalten (z.B. in der Zeitung) ab, während sich im Wachstum digitaler Videoplattformen eine zunehmende Orientierung auf audiovisuelle Inhalte zeigt. Dies verändert auch die Informationsvermittlung: Eine emotionalisierte Darstellung von Ereignissen wird erleichtert, unterstützt von leicht zugänglichen KI-Werkzeugen, mit denen sich Inhalte beinahe unbegrenzt manipulieren lassen.

\\ Regelmäßige Nutzung sozialer Medien im Zeitverlauf (2021–2025)



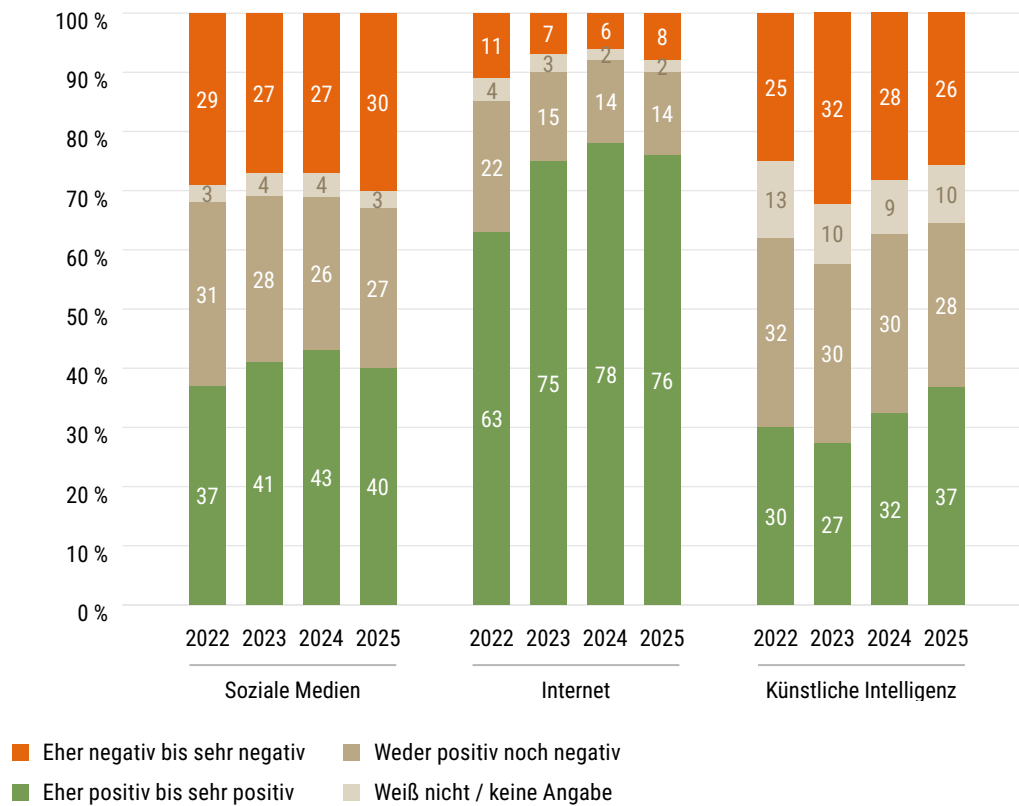
Basis: Täglich oder mehrmals in der Woche genutzte soziale Medien, Skala: „täglich“, „mehrmals in der Woche“, „mehrmals im Monat“, „seltener“, „nie“; gerundete Prozentangaben, n=1.595 (2021), n=1.740 (2025)

\\ Positive Tendenz bei Bewertung von KI, besonders bei vormals skeptischeren Gruppen

Im dritten Jahr nach dem großen Erfolg von ChatGPT und anderen Anwendungen generativer Künstlicher Intelligenz (KI) nimmt der Anteil an Menschen mit positiven Einstellungen gegenüber KI-Systemen weiter zu. Standen 2023 noch 27 Prozent der Bevölkerung KI eher bis sehr positiv gegenüber, sind es 2025 ganze zehn Prozentpunkte mehr (37 %).

Besonders stark fällt diese positive Tendenz gegenüber dem Vorjahr bei Bevölkerungsgruppen aus, die KI bislang noch vergleichsweise skeptisch gegenüberstanden, etwa bei Frauen (von 25 % in 2024 auf 32 % in 2025), Menschen ab 65 Jahren (von 25 % auf 31 %) sowie bei Menschen mit niedriger formaler Bildung (von 25 % auf 33 %). Diese Gruppen schließen in ihrem zunehmend positiven Blick auf KI langsam zu den anderen Gruppen auf. Ein Grund dafür könnte die sich stark verbreitende KI-Nutzung sein, die nun auch Bevölkerungsteile erreicht, die bislang noch wenig Kontakt mit dieser Technologie hatten.

\\ Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Themen der Digitalisierung im Zeitverlauf (2022–2025)



Basis: „Ich nenne Ihnen nun drei Bereiche der Digitalisierung und Sie sagen mir bitte, wie positiv oder negativ Sie diese ganz allgemein bewerten.“, Skala: „sehr positiv“, „eher positiv“, „weder noch“, „eher negativ“, „sehr negativ“; gerundete Prozentangaben, n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024), n=1.740 (2025)

Trotz dieser Entwicklung bleiben die bisherigen Gruppenunterschiede aber noch weitgehend bestehen: Nach wie vor sind es Männer (40 %), Jüngere im Alter zwischen 16 und 35 Jahren (46 %) sowie Menschen mit hoher Schulbildung (42 %) und hohem Einkommen (55 %), die KI besonders positiv bewerten.

Darüber hinaus sieht auch immer noch ein Viertel (26 %) der deutschen Bevölkerung KI eher oder sehr negativ. Ein weiteres Viertel (28 %) steht der neuen Technologie nach wie vor ambivalent gegenüber – und jede:r zehnte Befragte (10 %) konnte oder wollte keine Bewertung abgeben. Auch wenn sich über die vergangenen Jahre recht klare Tendenzen hin zu einem positiveren Bild abzeichnen, fallen die Bewertungen von KI insgesamt noch deutlich auseinander.

Anders sieht das beim Internet aus, das ungebrochen vom Großteil der deutschen Bevölkerung (76 %) positiv bewertet wird. Die höchsten Werte erreichen allerdings auch hier Menschen mit hohem Einkommen (86 %) und hoher Schulbildung (83 %). Die Bewertung sozialer Medien hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert.

Stabiles Medienvertrauen bei „wirklich wichtigen Dingen“

Erstmals erhoben wurde in diesem Jahr das allgemeine Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die etablierten Medien in Deutschland. Dazu wurde auf ausgewählte Fragen der Langzeitstudie Medienvertrauen der Universitäten Mainz und Düsseldorf³ zurückgegriffen, die diese Daten in den zehn Jahren von 2015 bis 2024 ebenfalls mit bevölkerungsrepräsentativen Telefonbefragungen erhoben haben. Das Weizenbaum Panel schreibt diese Zeitreihe für das Jahr 2025 fort.

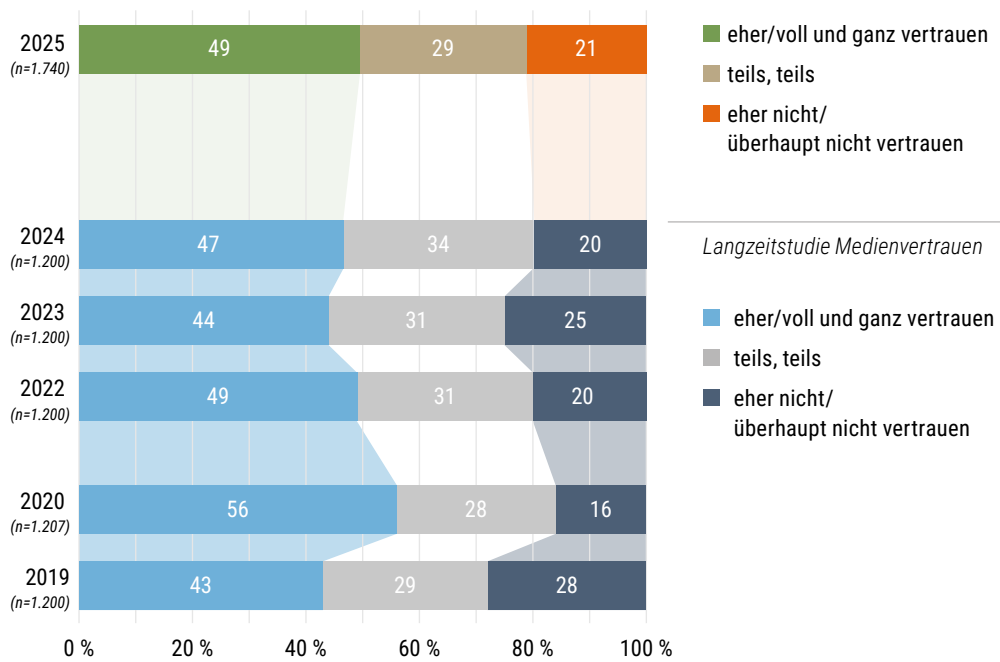
Die neuen Zahlen bestätigen dabei das Bild aus dem Vorjahr.⁴ Knapp die Hälfte (49 %) der Bevölkerung vertraut Medien, wenn es „um wirklich wichtige Dinge geht – etwa Umweltprobleme, Gesundheitsgefahren, politische Skandale und Krisen“. Rund ein Fünftel (21 %) gab demgegenüber an, den Medien in solchen Angelegenheiten nicht zu vertrauen, 29 Prozent zeigten sich in dieser Frage ambivalent.

Auch wenn kleinere Veränderungen zwischen zwei Jahren aufgrund statistischer Unsicherheiten vorsichtig interpretiert werden sollten, lässt sich nach einem merklichen Vertrauensrückgang zwischen 2020 und 2023 (von 56 % auf 44 %) eine leichte Erholung des Vertrauensniveaus seit 2023 beobachten. Der Anteil von Personen, die Medien bei wichtigen Dingen überhaupt nicht vertrauen, liegt 2025 bei sechs Prozent.

3 <https://medienvertrauen.uni-mainz.de>

4 Fawzi, N., Ziegele, M., Schultz, T., Jakob, N., Jakobs, I., Viehmann, C., Quiring, O., Schemer, C., & Stegmann, D. (2025). Stabiles Medienvertrauen auch in Zeiten politischer Umbrüche: Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2024. *Media Perspektiven*, (13), 1–20. https://www.media-perspektiven.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2025/MP_13_2025_Mainzer_Langzeitstudie_Medienvertrauen_2024.pdf

\ \ Medienvertrauen bei wichtigen Dingen im Zeitverlauf (2019–2025)



Basis: „Denken Sie nun bitte einmal an die etablierten Medien in Deutschland, also an die großen Fernsehsender oder Zeitungen, die die meisten Menschen kennen.“ Zustimmung zu Aussage „Wenn es um wirklich wichtige Dinge geht – etwa Umweltprobleme, Gesundheitsgefahren, politische Skandale und Krisen – kann man den Medien vertrauen“, Skala: Trifft „voll und ganz“, „eher“, „teils/teils“, „eher nicht“, „überhaupt nicht“ zu; gerundete Prozentangaben, 2019–2024: n=1.200–1.207 (Langzeitstudie Medienvertrauen), 2025: n=1.740 (Weizenbaum Panel); Anteile ohne „weiß nicht / keine Angabe“.

\ \ Klare Erwartungen an Handeln von Bürger:innen im digitalen Raum

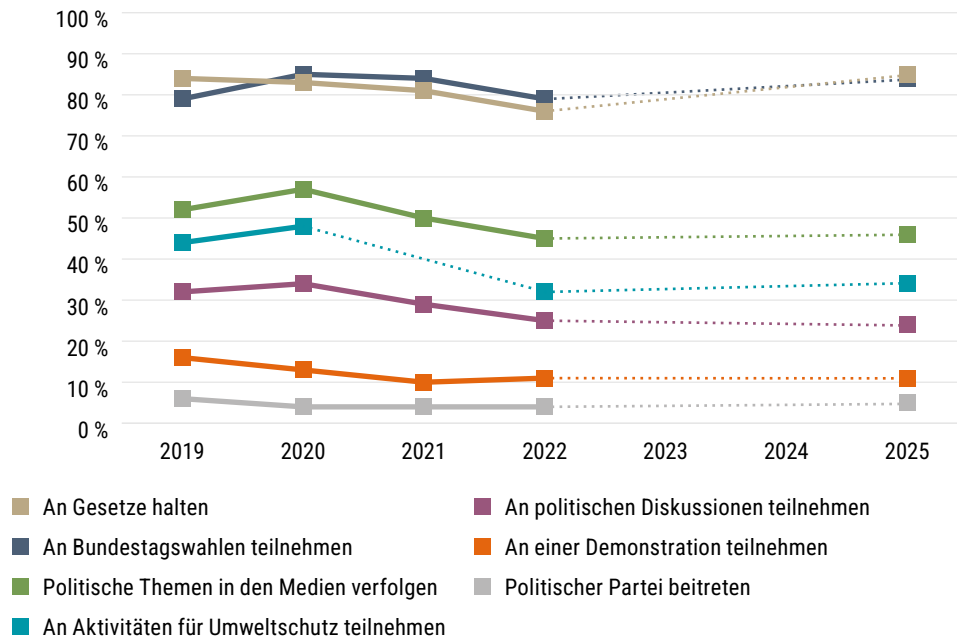
Bürger:innen beschreiben die in der Gesellschaft vorherrschenden Vorstellungen davon, wie man sich als guter Bürger:in verhalten sollte. Mit der Verbreitung sozialer Medien bieten sich den Menschen dafür heute viele neue Möglichkeiten, mit denen sich auch neue, sogenannte „diskursive Bürger:innennormen“ entwickelt haben.

Traditionelle Bürger:innennormen wie das Teilnehmen an Aktivitäten für den Umweltschutz (34 %) oder das Verfolgen politischer Themen in den Medien (46 %) bleiben dabei im Jahr 2025 weiterhin wichtig, ebenso wie das Teilnehmen an politischen Diskussionen und Demonstrationen. Mit fünf Prozent Zustimmung am wenigsten wichtig finden die Deutschen eine Parteimitgliedschaft. Demnach kann man also auch dann ein:e gute:r Bürger:in sein, wenn man nicht Mitglied in einer Partei ist.

Das mit Abstand Wichtigste ist nach Ansicht der Befragten, sich an Gesetze zu halten (85 %) und an Bundestagswahlen teilzunehmen (84 %). Dies sind auch die einzigen traditionellen Bürger:innennormen, die nach einem Rückgang während der

Covid-19-Pandemie wieder an Bedeutung gewonnen haben. Andere Vorstellungen guter Bürger:innenschaft haben dagegen seither etwas an Relevanz verloren.

\\ Traditionelle Bürgernormen im Zeitverlauf (2019–2025)



Basis: Reihe an Aktivitäten, die für einen guten Bürger oder eine gute Bürgerin sehr wichtig sind, Skala: „sehr wichtig“, „eher wichtig“, „teils/teils wichtig“, „eher nicht wichtig“, „gar nicht wichtig“; gerundete Prozentangaben, n=1.298 (2019), n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=1.194 (2022), n=1.740 (2025)

Die unterbrochenen Linien zeigen an, dass die Bürgernormen in den Jahren 2023 und 2024 nicht erhoben wurden. Die Bürgernorm „An Aktivitäten für den Umweltschutz teilnehmen“ wurde 2021 nicht erhoben.

Diskursive Bürgernormen

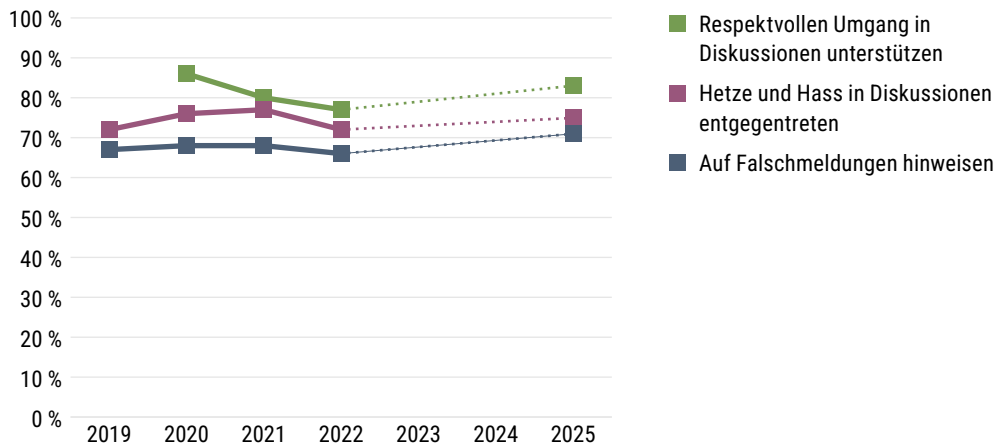
Wie gute Bürger:innenschaft im Internet aus Sicht der Menschen in Deutschland aussieht, wird vom Weizenbaum Panel seit 2019 untersucht.⁵ Man kann drei grundlegende Normtypen unterscheiden:

Die *Bürgernorm der Diskurspflege* ist den Deutschen seit 2022 insgesamt etwas wichtiger geworden. Darunter fällt etwa die Erwartung, auf Falschmeldungen hinzuweisen, was 71 Prozent der Bürger:innen sehr wichtig finden, und sich gegen Hetze und Hass (75 %) sowie für einen respektvollen Umgang in (Online-)Diskussionen einzusetzen (83 %). Zuvor ließ sich auch hier ein Rückgang während der Covid-19-Pandemie beobachten, wenn auch weniger stark ausgeprägt als bei den traditionellen Bürgernormen.

5 Gagrčin, E., Porten-Cheé, P., Leißner, L., Emmer, M., & Jørring, L. (2022). What makes a good citizen online? The emergence of discursive citizenship norms in social media environments. *Social Media + Society*, 8(1). <https://doi.org/10.1177/20563051221084297>

Ähnlich verhält es sich mit der *Bürgernorm der individuellen Informationsorgfalt*, also der Vorstellung, dass man als gute:r Bürger:in nur Informationen aus seriösen Quellen beziehen (76 %), Nachrichtenquellen stets prüfen (62 %) und verschiedene (seriöse) Quellen zur Information nutzen sollte (69 %).

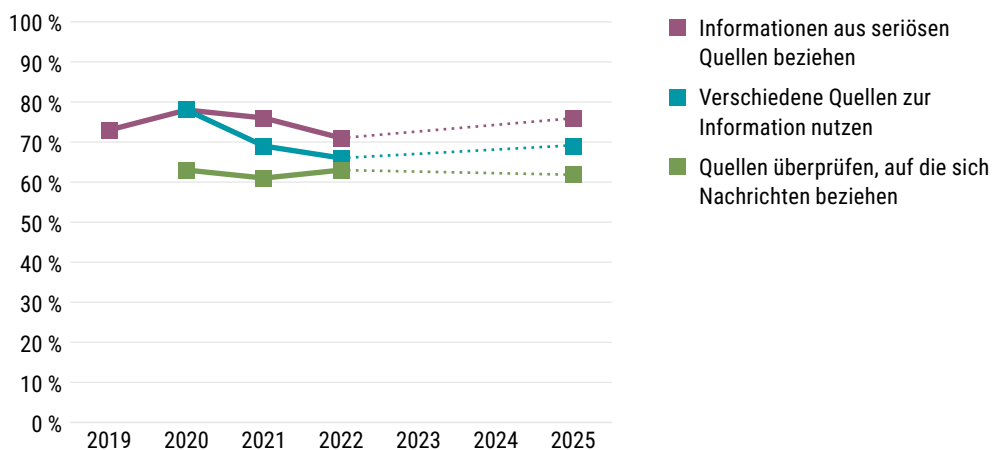
\ \ Diskurspflegernorm im Zeitverlauf (2019–2025)



Basis: Reihe an Aktivitäten, die für einen guten Bürger oder eine gute Bürgerin sehr wichtig sind, Skala: „sehr wichtig“, „eher wichtig“, „teils/teils wichtig“, „eher nicht wichtig“, „gar nicht wichtig“; gerundete Prozentangaben, n=1.298 (2019), n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=1.194 (2022), n=1.740 (2025)

Die unterbrochenen Linien zeigen an, dass die Bürgernormen in den Jahren 2023 und 2024 nicht erhoben wurden. Die Bürgernorm „Respektvollen Umgang in Diskussionen unterstützen“ wird erst seit 2020 erhoben.

\ \ Informationsorgfaltsnorm im Zeitverlauf (2019–2025)

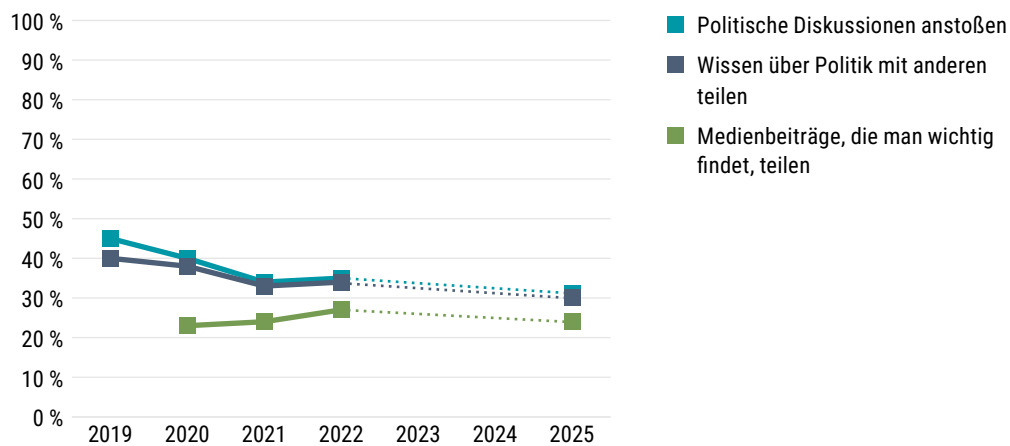


Basis: Reihe an Aktivitäten, die für einen guten Bürger oder eine gute Bürgerin sehr wichtig sind, Skala: „sehr wichtig“, „eher wichtig“, „teils/teils wichtig“, „eher nicht wichtig“, „gar nicht wichtig“; gerundete Prozentangaben, n=1.298 (2019), n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=1.194 (2022), n=1.740 (2025)

Die unterbrochenen Linien zeigen an, dass die Bürgernormen in den Jahren 2023 und 2024 nicht erhoben wurden. Die Bürgernormen „Quellen überprüfen, auf die sich Nachrichten beziehen“ und „Verschiedene Quellen zur Information nutzen“ werden erst seit 2020 erhoben.

Die *Politische Kontributionsnorm* ist eine weitere, mit dem digitalen Wandel entstandene Vorstellung. Sie bezieht sich auf die Erwartung, dass sich ein:e gute:r Bürger:in durch eigene Beiträge und Impulse in politische Debatten und das gesellschaftliche Geschehen einbringen soll, zum Beispiel durch das Teilen von politischem Wissen oder wertvollen Medienbeiträgen. Diese Erwartung ist mit 20 bis 30 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung etwas weniger weit verbreitet als die Diskurspflege- oder Informations Sorgfaltnorm. Im Gegensatz zu diesen beiden zeigt sich im Zeitverlauf überdies, dass die politische Kontributionsnorm tendenziell als weniger wichtig erachtet wird als noch 2022.

\\ Politische Kontributionsnorm im Zeitverlauf (2019–2025)



Basis: Reihe an Aktivitäten, die für einen guten Bürger oder eine gute Bürgerin sehr wichtig sind, Skala: „sehr wichtig“, „eher wichtig“, „teils/teils wichtig“, „eher nicht wichtig“, „gar nicht wichtig“; gerundete Prozentangaben, n=1.298 (2019), n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=1.194 (2022), n=1.740 (2025)

Die unterbrochenen Linien zeigen an, dass die Bürgernormen in den Jahren 2023 und 2024 nicht erhoben wurden.
Die Bürgernorm „Medienbeiträge, die man wichtig findet, teilen“ wird erst seit 2020 erhoben.

Insgesamt zeigt sich, dass traditionelle Vorstellungen guter Bürger:innenschaft mittlerweile stabil ergänzt werden durch Erwartungen, die sich aus den Erfahrungen des digitalen Wandels ergeben. Demnach zeichnet sich ein:e gute:r Bürger:in heute nicht nur dadurch aus, dass eine solche Person sich an Gesetze hält und die Umwelt schützt, sondern auch dadurch, dass sie gegen Falschnachrichten und Hass im Netz eintritt und den eigenen Medienkonsum sorgfältig kuratiert. Und auch die für eine lebhaftere Demokratie so wertvolle (aber auch aufwändige) Beteiligung an politischen Debatten, die durch soziale Medien deutlich erleichtert wird, betrachten die Bürger:innen in Deutschland als wünschenswertes Verhalten.

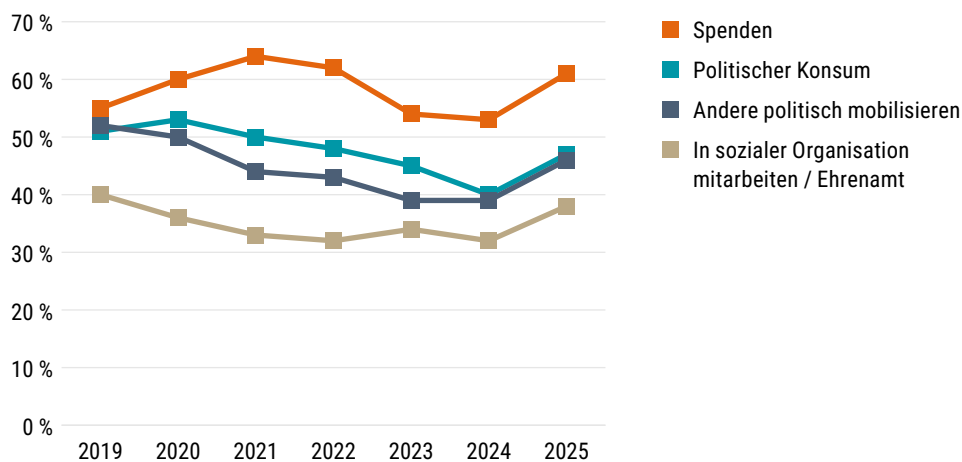
Wandel politischer Partizipation in Deutschland von 2019 bis 2025

2025 war das Jahr des bürgerschaftlichen Engagements: Insbesondere das Spenden von Geld an soziale, politische oder gemeinnützige Organisationen, aber auch die ehrenamtliche Arbeit haben in 2025 merklich zugenommen. Mit 61 Prozent ist die Bereitschaft, Geld zu spenden, wieder auf dem Niveau vor dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Das ehrenamtliche Engagement, das vor allem während der Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens stark nachgelassen hat, liegt mit 38 Prozent wieder auf einem Niveau, das mit der Beteiligung vor der Pandemie vergleichbar ist.

Auch weniger konventionelle Formen des bürgerschaftlichen Engagements, wie der bewusste Kauf oder der Verzicht auf bestimmte Produkte aus politischen oder ethischen Gründen (Boycott und „Buykott“), sind wieder beliebter geworden (47 % ggü. 40 % in 2024). Insgesamt zeigt sich, dass die Bürger:innen das politische Geschehen wieder stärker in ihren Alltag und in zwischenmenschliche Beziehungen einbinden. So hat etwa auch die Bereitschaft zugenommen, Mitbürger:innen zu politischer Beteiligung zu bewegen (46 % ggü. 39 % im Vorjahr).

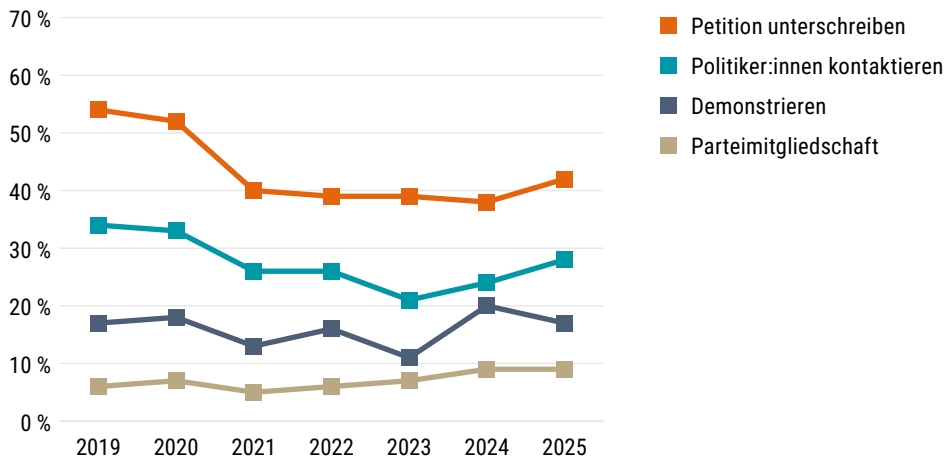
Bei den traditionellen politischen Partizipationsformen zeigt sich ein im Laufe der Zeit stabiles Bild: Das Unterzeichnen von Petitionen (42 % ggü. 38 % im Vorjahr) und das Kontaktieren von Politiker:innen (28 % ggü. 24 % im Vorjahr) nehmen nach Rückgängen während der Covid-19-Pandemie in den letzten Jahren wieder leicht zu. Demgegenüber sind Parteimitgliedschaft und Demonstrationsteilnahme etwa gleich geblieben.

W Bürgerschaftliches Engagement im Zeitverlauf (2019–2025)



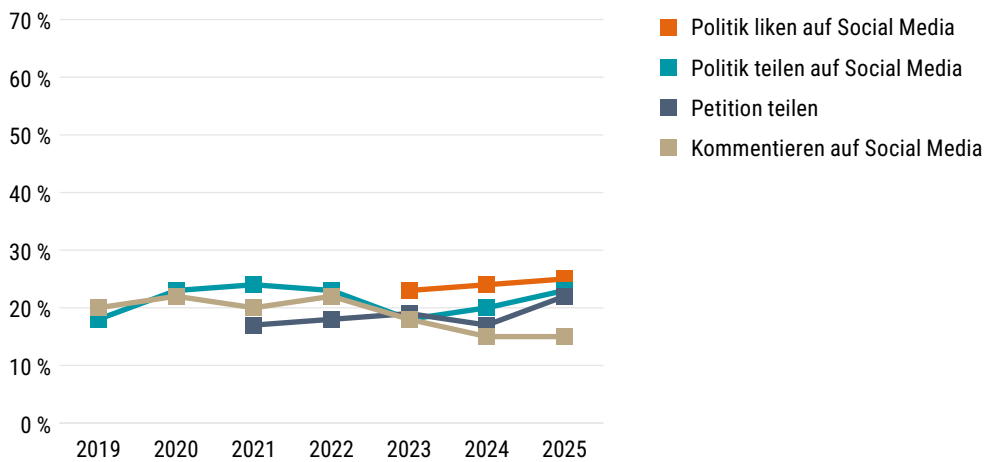
Basis: Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: „ja“, „nein“; gerundete Prozentangaben, n=1.298 (2019), n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024), n=1.740 (2025)

\ \ Traditionelle politische Partizipation im Zeitverlauf (2019–2025)



Basis: Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: „ja“, „nein“; gerundete Prozentangaben, n=1.298 (2019), n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024), n=1.740 (2025)

\ \ Vernetzte politische Partizipation im Zeitverlauf (2019–2025)



Basis: Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: „ja“, „nein“; gerundete Prozentangaben, n=1.298 (2019), n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024), n=1.740 (2025)

Petition teilen wird erst seit 2021 erhoben.

Politik liken wird erst seit 2023 erhoben.

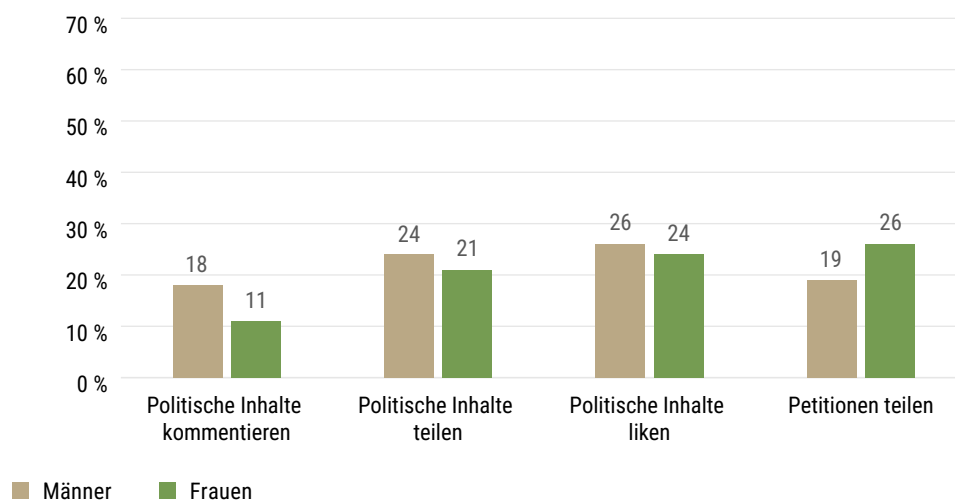
Digital vernetzte Formen politischer Partizipation ergänzen traditionelle und bürgerschaftliche Beteiligungsrepertoires, sind aber auf eher niedrigem Niveau stabil. Darunter fallen Aktivitäten wie das Teilen (23 %) und Kommentieren (15 %) politischer Inhalte in den sozialen Medien, das Verbreiten von Petitionen (22 %) und das „Liken“ politischer Beiträge (25 %).

Soziale Unterschiede bei stärker sichtbaren Beteiligungsformen im Netz

Über die verschiedenen vernetzten Partizipationsformen hinweg waren passive und weniger aufwändige Aktivitäten in den vergangenen drei Jahren beliebter als aktivere und stärker sichtbare Formen: So bleiben das „Liken“ und das Teilen politischer Inhalte oder Petitionen eher stabil, während das Kommentieren politischer Inhalte tendenziell abnimmt. Politische Inhalte zu kommentieren bedeutet, sich selbst mit der eigenen Meinung sichtbar und potenziell angreifbar zu machen. Es liegt nahe, dass diese besondere Sichtbarkeit eine Hürde darstellt, die nicht alle Bürger:innen gleichermaßen überwinden können oder wollen.

So kommentieren mehr Männer (18 %) als Frauen (11 %) politische Inhalte in sozialen Medien. Ebenso fällt die aktive Teilnahme am politischen Online-Diskurs höher gebildeten Menschen mit (Fach-)Hochschulreife leichter als den Bürger:innen mit formal niedrigerem Bildungsabschluss (22 % ggü. 12 %). Auch das Alter spielt eine Rolle: Jüngere Menschen bis zu 35 Jahren kommentieren politische Inhalte in den sozialen Medien eher als ältere Generationen (28 % ggü. 13 %).

\\ Geschlechterunterschiede in der vernetzten politischen Partizipation (2025)



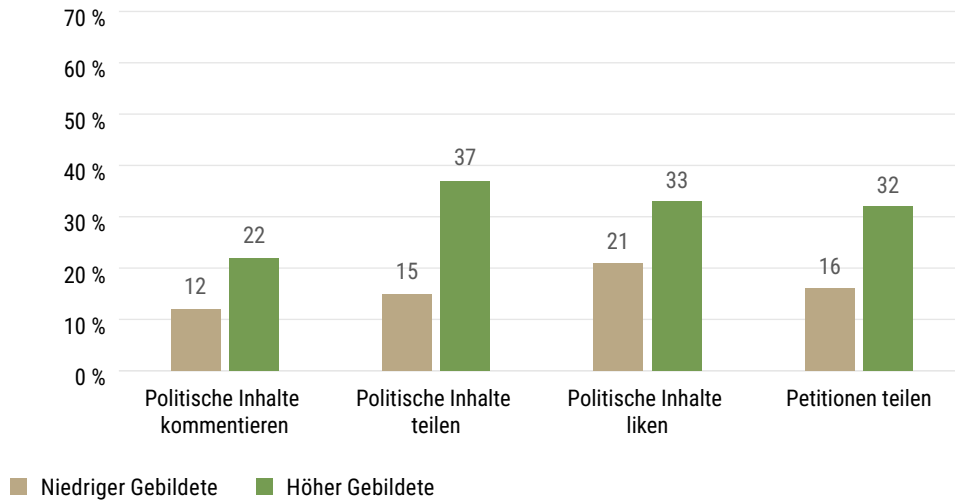
Basis: Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate (Skala: „ja“, „nein“) sowie Angabe des Geschlechts (Skala: „weiblich“, „männlich“⁶); gerundete Prozentangaben, n=1.740

Während sich bei fast allen Formen der vernetzten Partizipation Bildungs- und Altersunterschiede zeigen, variiert das Geschlechtergefälle je nach Partizipationsform: Bei weniger sichtbaren Aktivitäten wie dem Liken (26 % der Männer, 26 % der Frauen) oder Teilen politischer Inhalte (24 % der Männer, 21 % der Frauen) fallen die Geschlechterunterschiede weniger deutlich aus als bei stärker sichtbaren Be-

⁶ Personen, die ihr Geschlecht als „divers“ angaben (n=5) oder keine Angabe machen wollten (n=1), finden in der Geschlecht binär betrachtenden Analyse keine Berücksichtigung

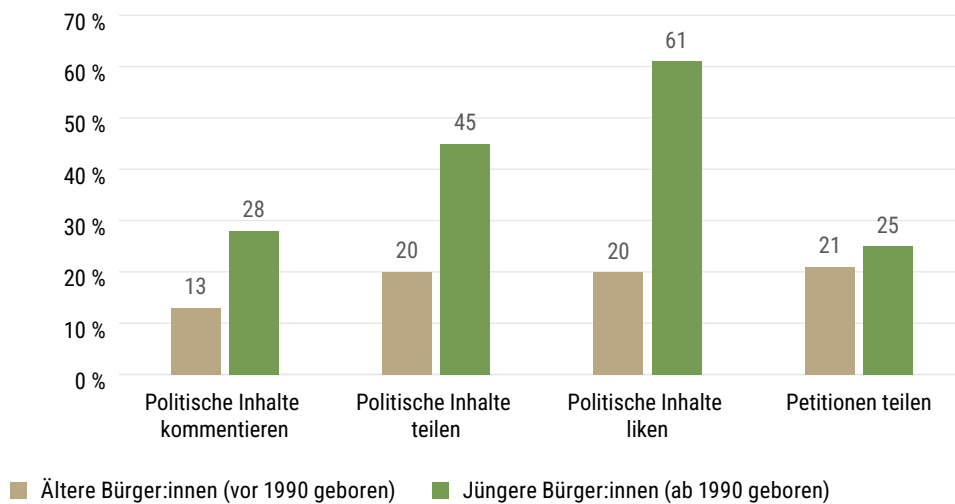
teiligungsformen wie dem Kommentieren. Beim Teilen von Petitionen dreht sich das Geschlechtergefälle sogar zum Vorteil von Frauen (19 % der Männer, 26 % der Frauen).

\ \ Bildungsunterschiede bei der vernetzten politischen Partizipation (2025)



Basis: Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate (Skala: „ja“, „nein“) sowie Angabe des höchsten Schulabschlusses (Skala: „Höher Gebildete“ ((Fach-)Hochschulreife), „niedriger Gebildete“ (Schüler:innen, Personen ohne Abschluss, Personen mit Haupt- oder Realschulabschluss oder äquivalentem Abschluss); gerundete Prozentangaben, n=1.740

\ \ Altersunterschiede bei der vernetzten politischen Partizipation (2025)



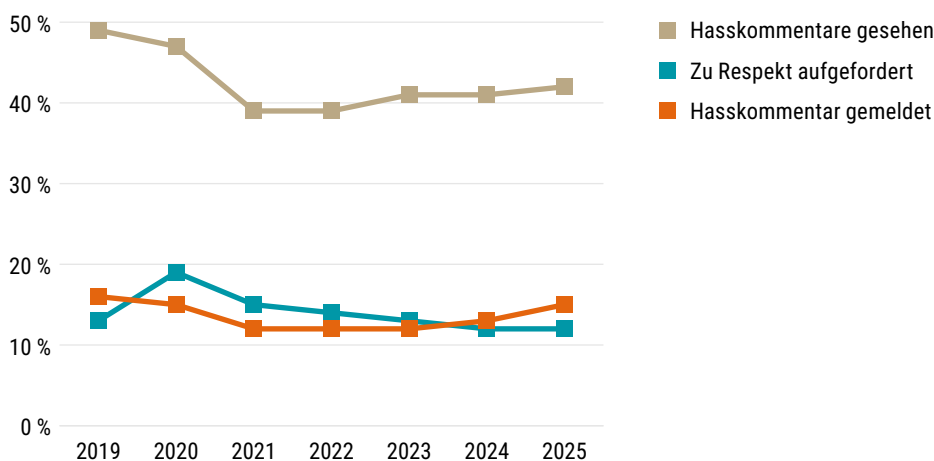
Basis: Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate (Skala: „ja“, „nein“) sowie Angabe des Geburtsjahrs; gerundete Prozentangaben, n=1.740

Diese Befunde deuten darauf hin, dass klassische Ressourcen wie Bildung und altersbedingte (digitale) Sozialisation grundsätzlich wichtige Faktoren für die politische Partizipation im Internet sind. Dass Geschlechterunterschiede über verschiedene Formen des Online-Aktivismus variieren, scheint hingegen vor allem mit dem Faktor der Sichtbarkeit zusammenzuhängen, wie auch andere Studien zeigen.⁷

\\ Mehr Bürger:innen sehen sich mit Falschnachrichten konfrontiert

Hasskommentare und Falschnachrichten im Internet beschäftigen die Deutschen weiterhin: Der Anteil von Bürger:innen, die 2025 mindestens einen Hasskommentar gesehen haben, ist mit 42 Prozent weiterhin hoch. Hasskommentare wurden in diesem Jahr jedoch erstmals von Falschnachrichten überholt, mit denen sich 47 Prozent der Deutschen konfrontiert sahen.

\\ Beobachtung von und Reaktion auf Hasskommentare im Zeitverlauf (2019–2025)



Basis: Beobachtung mindestens eines Hasskommentars in den letzten 12 Monaten, Aufforderung zu respektvollem Verhalten und Meldung an die Plattform; Skala: „ja“, „nein“; gerundete Prozentangaben, n=1.298 (2019), n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024), n=1.740 (2025)

Der Einsatz gegen Hass und Falschnachrichten im Netz kann als neue und mittlerweile etablierte Form des bürgerschaftlichen Engagements betrachtet werden. Die Bürger:innen treten auch im Internet für demokratische Grundwerte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung und die besondere Bedeutung eines faktenbasierten demokratischen Austauschs ein.

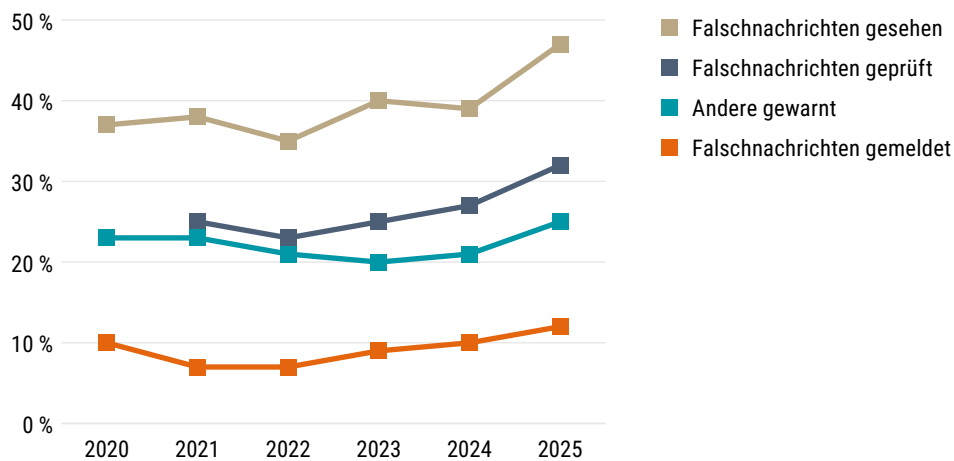
7 Bode, L. (2017). Closing the gap: Gender parity in political engagement on social media. *Information, Communication & Society*, 20(4), 587–603. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2016.1202302>

Coffé, H., & Bolzendahl, C. (2010). Same game, different rules? Gender differences in political participation. *Sex Roles*, 62(5), 318–333. <https://doi.org/10.1007/s11199-009-9729-y>

Die Relevanz dieser neuen Formen der vernetzten politischen Partizipation lässt sich unter anderem daran ablesen, dass sie mithin ähnliche Verbreitung finden wie traditionelle Formen des politischen Engagements: So berichtet etwa jede:r achte Befragte (12 %), in den letzten zwölf Monaten Gegenrede („zu Respekt auffordern“) gegen Hasskommentare geleistet zu haben, jede:r sechste (15 %) meldete Hasskommentare den Plattformbetreibern. Damit sind die Zahlen vergleichbar mit den Vorjahren 2019 bis 2024, nur im ersten Pandemiejahr 2020 zeigte sich mit 19 Prozent bei der Gegenrede ein etwas höherer Anteil.

Das Engagement gegen Falschinformationen im Netz ist weiter verbreitet als das Engagement gegen Hasskommentare. Mit 47 Prozent berichten deutlich mehr Bürger:innen als in den Vorjahren, in den letzten zwölf Monaten Falschinformationen gesehen zu haben. Die zunehmende Verbreitung von durch generative KI produzierten Inhalten (z.B. sog. „Deepfakes“) kann dazu beitragen, dass die Bürger:innen für dieses Thema sensibler geworden sind. Parallel dazu stieg auch hier der Anteil der Menschen, die sich aktiv gegen die Verbreitung von Falschnachrichten zur Wehr setzen, indem sie Meldungen auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen (32 %), andere vor falschen Nachrichteninhalten warnen (25 %) oder Falschnachrichten an die Plattformbetreiber melden (12 %).

\\ Beobachtung von und Reaktion auf Falschnachrichten im Zeitverlauf (2020–2025)



Basis: Beobachtung mindestens einer Falschnachricht in den letzten 12 Monaten, Meldung an die Plattform, Prüfung einer Falschnachricht und Warnung anderer Nutzer:innen vor Falschnachrichten; Skala: „ja“, „nein“; gerundete Prozentangaben, n=964 (2020), n=1.595 (2021), n=2.023 (2022), n=2.170 (2023), n=2.658 (2024), n=1.740 (2025)

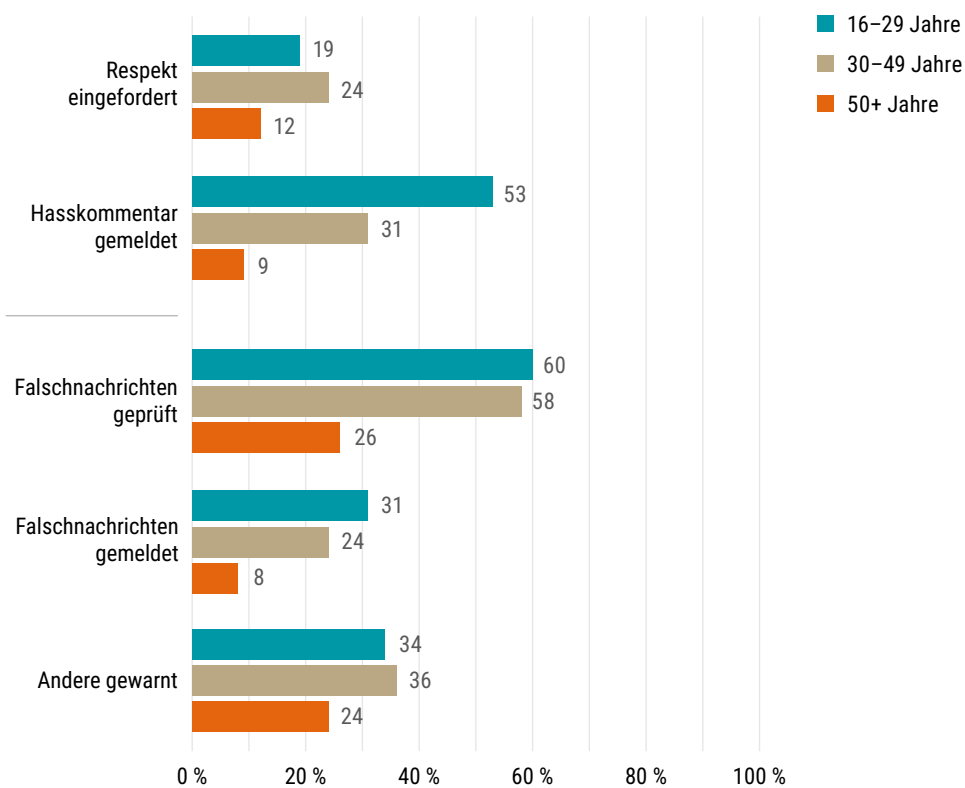
Falschnachrichten und die Reaktion darauf wurden erst ab 2020 erhoben.
Die Prüfung von Falschnachrichten erst ab 2021.

Altersunterschiede bei der Wahrnehmung von Hasskommentaren und Falschnachrichten im Internet

Vor allem jüngere Menschen sehen sich im Internet mit Hasskommentaren und Falschnachrichten konfrontiert. 2025 berichteten fast neunzig Prozent der 16- bis 29-Jährigen, Hasskommentare gesehen zu haben und bis zu achtzig Prozent geben an, Falschinformationen begegnet zu sein. Darin unterscheiden sie sich deutlich und im Zeitverlauf relativ stabil von ihren älteren Mitbürger:innen.

Im Umgang mit Hasskommentaren und Falschnachrichten im Netz bedienen sich die Bürger:innen unterschiedlicher Formen der Zivilcourage. Die 16- bis 29-Jährigen nehmen im Umgang mit solchen Inhalten stärker die Plattformbetreiber in die Verantwortung als dies ältere Bürger:innen tun. Auch das Prüfen vermeintlicher Falschnachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt ist unter den jüngeren Generationen etwas stärker verbreitet als bei den über 50-Jährigen. Bei anderen Formen der Zivilcourage im Internet wie dem Einfordern von Respekt im Angesicht von Hetze und Hass oder dem Warnen anderer Nutzer:innen vor Falschnachrichten fallen die Altersunterschiede etwas geringer aus.

\\ Zivilcourage gegen Hasskommentare und Falschnachrichten im Internet nach Altersgruppen (2025)



Basis: Reaktionen auf Hasskommentare und Falschnachrichten innerhalb der letzten 12 Monate (Skala: „ja“, „nein“) sowie Angabe des Geburtsjahres; gerundete Prozentangaben, n=1.740

Ältere Bürger:innen präferieren damit eher direkte Formen der digitalen Zivilcourage, die sie auch aus der analogen Welt kennen, wie zum Beispiel das Einschreiten in Konfliktsituationen.

Die Daten des Weizenbaum Panels zeigen, dass Hasskommentare und Falschnachrichten für jüngere Bürger:innen zum Alltag ihrer digitalen Mediennutzung gehören. Ihr Umgang mit diesen Problemen unterscheidet sich dabei deutlich von dem älterer Personen. Insbesondere die in manche Plattformen integrierte Funktion des „Meldens“ problematischer Inhalte wird von Jüngeren wesentlich stärker genutzt als von Älteren. Dies liegt vermutlich zum Teil am natürlicheren Umgang Jüngerer mit den online verfügbaren Interaktionsmöglichkeiten. Ob dahinter auch weiterführende Annahmen über die unterschiedliche Wirksamkeit verschiedener Maßnahmen oder auch eine Tendenz zur Abgabe eigener bürgerschaftlicher Verantwortung an die Plattformen steht, muss künftige Forschung zeigen. Gegen Letzteres spricht, dass jüngere Bürger:innen sich ebenso wie ältere in stärker sozial-interaktiven Formen der digitalen Zivilcourage wie der Gegenrede oder dem Warnen anderer Nutzer:innen vor Falschnachrichten engagieren.

¶ Gewalt gegen Politiker:innen wird als Gefahr für die Demokratie gesehen

Anna Hahnemann, Anne-Kathrin Kreft & Farina Rühls

Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger:innen finden regelmäßig mediale Aufmerksamkeit, ihre gemeldete Zahl ist 2025 im Vergleich zum Vorjahr um etwa zwölf Prozent angestiegen.⁸ Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um eine Bedrohung der Demokratie stellt sich die Frage, ob sich eine Wahrnehmung von Aggressionen und Gewalt gegen Politiker:innen auf die politische Partizipation der Bevölkerung auswirken könnte. Vor allem eine sinkende Bereitschaft zu politischer Partizipation infolge solcher Gewaltvorfälle wird gesellschaftlich thematisiert. Um diesen Annahmen nachzugehen, wurde 2025 die wahrgenommene Verbreitung von Gewalt gegen Politiker:innen und die wahrgenommene Bedrohung der Demokratie durch solche Vorfälle abgefragt.

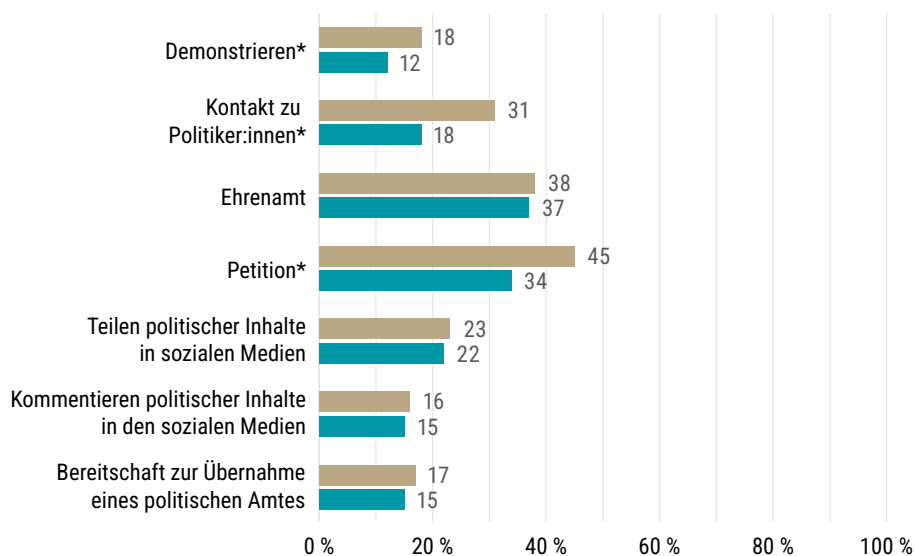
⁸ Bundeskriminalamt. (2025). Factsheet: Bundesweite Fallzahlen 2024 – Politisch motivierte Kriminalität. Bundeskriminalamt. https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html

Wahrgenommene Verbreitung von Gewalt gegen Politiker:innen und politische Partizipation

Die wahrgenommene Verbreitung von Gewalt gegen Politiker:innen ist weiterhin auf einem hohen Niveau. Etwa 81 Prozent der Bürger:innen halten Gewalt gegen Politiker:innen für sehr oder eher verbreitet. 2024 waren es 79 Prozent.

Diese Wahrnehmung steht zum Teil in einem bedeutsamen Zusammenhang mit Formen politischer Beteiligung. Menschen, die Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen als sehr oder eher verbreitet wahrnehmen, haben in den letzten zwölf Monaten eher demonstriert, Kontakt zu Politiker:innen aufgenommen und sich an Petitionen beteiligt als Menschen, die Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen als nicht verbreitet einschätzen. Die Wahrnehmung von Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen scheint also nicht mit einer geringeren politischen Beteiligung in Zusammenhang zu stehen, sondern im Gegenteil mit einer stärkeren politischen Partizipation. Ob dieser Zusammenhang tatsächlich eine kausale, mobilisierende Wirkung der Wahrnehmung von Gewalt gegen Politiker:innen darstellt, können aber nur weiterführende Datenanalysen zeigen.

\\ Wahrgenommene Verbreitung von Gewalt gegen Politiker:innen und politische Beteiligung (2025)



Wahrnehmung von Drohungen und Gewalt als: ■ Verbreitet ■ Nicht verbreitet

Basis: Angaben zur Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate sowie Einschätzung der Verbreitung von Drohungen und Gewalt gegen Politiker:innen; Skala: „sehr verbreitet“, „eher verbreitet“, „eher nicht verbreitet“, „gar nicht verbreitet“, hier jeweils zusammengefasst; gerundete Prozentangaben, n=1.740

Die Prozentzahlen beziehen sich auf den Anteil der Personen innerhalb der Antwortgruppe (verbreitet/nicht verbreitet), die die jeweilige politische Aktivität angegeben haben (Beispiel: Von den Menschen, die Drohungen und Gewalt als verbreitet ansehen, haben 18 % in den vergangenen 12 Monaten demonstriert, von denen, die sie als nicht verbreitet ansehen, nur 12 %).

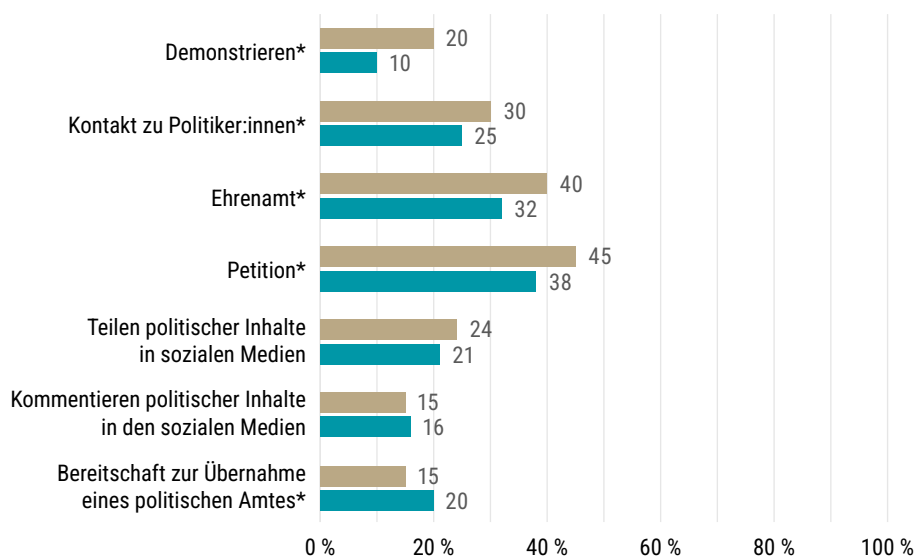
*Mit * markiert sind bedeutsame Zusammenhänge.*

Wahrgenommene Bedrohung der Demokratie aufgrund von Gewalt gegen Politiker:innen und politische Partizipation

Es ist anzunehmen, dass Gewalt gegen Politiker:innen mit einer Bedrohung der Demokratie assoziiert wird. Diese Bedrohungswahrnehmung könnte zu einer Erklärung des Zusammenhangs zwischen angenommener Verbreitung von Gewalt gegen Politiker:innen und politischer Partizipation beitragen.

Ähnlich wie 2024 schätzen über zwei Drittel (69 %) der Bürger:innen die Demokratie infolge von Gewalt gegen Politiker:innen als sehr oder eher bedroht ein. Diese Menschen haben in den letzten zwölf Monaten eher demonstriert, Kontakt zu Politiker:innen aufgenommen, ein Ehrenamt ausgeübt und sich an einer Petition beteiligt als Menschen, die die Demokratie nicht bedroht sehen. Bei der Bereitschaft, ein politisches Amt zu übernehmen, sieht das Bild jedoch anders aus: Wer die Demokratie bedroht sieht, kann sich eher nicht vorstellen, selbst ein politisches Amt zu übernehmen.

Wahrgenommene Bedrohung der Demokratie durch Gewalt gegen Politiker:innen und politische Beteiligung (2025)



Wahrnehmung der Demokratie als: ■ Bedroht ■ Nicht bedroht

Basis: Angaben zur Ausübung der genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate sowie Einschätzung der Bedrohung der Demokratie durch Gewalt gegen Politiker:innen; Skala: „sehr bedroht“, „eher bedroht“, „eher nicht bedroht“, „gar nicht bedroht“, hier jeweils zusammengefasst; gerundete Prozentangaben, n=1.740

Die Prozentzahlen beziehen sich auf den Anteil der Personen innerhalb der Antwortgruppe (bedroht/nicht bedroht), die die jeweilige politische Aktivität angegeben haben (Beispiel: Von den Menschen, die die Demokratie als bedroht ansehen, haben 20 % in den letzten 12 Monaten demonstriert, von denen, die sie als nicht bedroht ansehen, nur 10 %).

Mit * markiert sind bedeutsame Zusammenhänge.

Über das Weizenbaum-Institut

Das Weizenbaum-Institut steht für exzellente, unabhängige, interdisziplinäre und grundlagenorientierte Digitalisierungsforschung. Es stellt Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft fundierte Erkenntnisse und wertebasierte Handlungsempfehlungen zur Verfügung. Es trägt dazu bei, die Digitalisierung der Gesellschaft nicht nur besser zu verstehen, sondern auch nachhaltig, selbstbestimmt und verantwortungsvoll zu gestalten.

Getragen wird das Weizenbaum-Institut von sieben Verbundpartnern aus Berlin und Brandenburg. Diese Partner sind die Freie Universität Berlin, die Humboldt-Universität zu Berlin, die Technische Universität Berlin, die Universität der Künste Berlin, die Universität Potsdam sowie als außeruniversitäre Forschungseinrichtungen das Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS) und das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Die Koordination des Verbundes und die rechtsgeschäftliche Vertretung des Weizenbaum-Instituts erfolgen über den Weizenbaum-Institut e.V.

Das Weizenbaum-Institut wurde im Jahr 2017 gegründet und wird vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt sowie dem Land Berlin gefördert. Weitere Informationen unter: www.weizenbaum-institut.de